

Deutschland-Passau: Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen
OJ S 38/2023 22/02/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Kliniken Dritter Orden gGmbH
Postanschrift: Bischof-Altmann-Str. 9
Ort: Passau
NUTS-Code: DE222 Passau, Kreisfreie Stadt
Postleitzahl: 94032
Land: Deutschland
E-Mail: vgv@hsp-projekt.de
Telefon: +49 86311666320
Fax: +49 86311666310
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/B775F08F-EC2E-4123-B6F0-A7C206149EAE
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: https://www.deutsche-evergabe.de/dashboards/dashboard_off/B775F08F-EC2E-4123-B6F0-A7C206149EAE
Im Rahmen der elektronischen Kommunikation ist die Verwendung von Instrumenten und Vorrichtungen erforderlich, die nicht allgemein verfügbar sind. Ein uneingeschränkter und vollständiger direkter Zugang zu diesen Instrumenten und Vorrichtungen ist gebührenfrei möglich unter: <https://www.deutsche-evergabe.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Kinderklinik Dritter Orden Passau
Referenznummer der Bekanntmachung: 356 KIK PSO + 391 KIK BFS_VgV ARC

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

- Erweiterung und Strukturverbesserung der Pädiatrischen Psychosomatik -
Strukturverbesserung und Erweiterung der Berufsfachschule für Pflege

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE222 Passau, Kreisfreie Stadt

Hauptort der Ausführung: in den Vergabeunterlagen aufgeführt

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

356 KIK PSO

Kinderklinik Dritter Orden Passau - Erweiterung und Strukturverbesserung der Pädiatrischen Psychosomatik

391 KIK BFS

Kinderklinik Dritter Orden Passau – Strukturverbesserung und Erweiterung der Berufsfachschule für Pflege

Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2013, LPH 3-9 (ARC)

Der Standort Kinderklinik Dritter Orden Passau der Kliniken Dritter Orden gGmbH München ist als Zentrum für Kinder- und Jugendgesundheit Ostbayern eine leistungsstarke Einrichtung zur stationären und ambulanten Versorgung von Kindern und Jugendlichen, die moderne Medizin mit langem Traditionsbewusstsein vereint.

Die Kinderklinik ist mit insgesamt 80 Planbetten und 5 teilstationäre Betten (Plätzen) in der Fachrichtung Kinderchirurgie und Kinder- und Jugendmedizin im Krankenhausplan des Freistaats Bayern aufgenommen. Neben den Fachrichtungen Pädiatrie, Neonatologie und Kinderchirurgie werden innerhalb der Pädiatrie seit ca. 15 Jahren 12 Betten und 3 Plätze als Pädiatrische Psychosomatische Einheit betrieben. Die Kinderklinik betreibt daneben ein großes Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ).

In enger Kooperation mit dem benachbarten Bezirkskrankenhaus Passau (Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie) ist ein neues Betriebskonzept für die Psychosomatik an der Kinderklinik Passau erarbeitet worden mit dem Ergebnis, dass die Psychosomatik am Standort gestärkt werden soll.

Mit Antrag vom 15.09.2021 wurde daher die Umwidmung von 10 Betten zur künftigen Nutzung für pädiatrische Psychosomatik beim StMGP eingereicht und dieser am 15.12.2021 genehmigt. In 12/2022 wurde das Raum- und Funktionsprogramm vom StMGP für die Erweiterung und Strukturverbesserung der Pädiatrischen Psychosomatik mit 900m² förderfähiger Nutzfläche genehmigt.

An der Kinderklinik wird zudem eine Berufsfachschule für Pflegekräfte betrieben, die sich kontinuierlich vergrößert hat und im Bestand nun nicht mehr ausreichend adäquat betrieben werden kann. Mit Bescheid der Regierung von Niederbayern vom 26.10.2022 wurde die Anzahl der Ausbildungsplätze von urspr. 60 und seit 2019 72 nun auf 75 Plätze ab dem Schuljahr 2023/2024 genehmigt. Daraus abgeleitet wurde Ende 2022 für die Strukturverbesserung und Erweiterung der Berufsfachschule für Pflege ein Soll-Raumprogramm mit 449m² förderfähiger Nutzfläche entwickelt.

Um den Standort hinsichtlich der o.g. Bedarfe weiterzuentwickeln, wurden also in 2021 und 2022 in enger Abstimmung mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege sowie der Regierung von Niederbayern ziel-planerische Überlegungen zur Strukturverbesserung angestellt und Grundlagenermittlungen und Vorplanungen veranlasst.

In 12/2022 und 01/2023 wurden zwei Anträge auf Vorwegfestlegung in ein Jahreskrankenhausbauprogramm bei der Regierung von Niederbayern mit der Zielsetzung, dass beide Maßnahmen im Sommer 2023 das Jahreskrankenhausbauprogramm 2023 aufgenommen werden, eingereicht:

- PSO - Erweiterung und Strukturverbesserung der Pädiatrischen Psychosomatik
 - BFS - Strukturverbesserung und Erweiterung der Berufsfachschule für Pflege
- Geplant ist bei einer erfolgreichen Aufnahme beider Maßnahmen in das Jahreskrankenhausbauprogramm 2023 ab der Leistungsphase 3 (LPH 3) eine gemeinsame Planung, Ausschreibung und bauliche Abwicklung der beiden Maßnahmen, um dadurch einen zügigen Projektablauf erreichen und dadurch Kosten zu reduzieren und Schnittstellen minimieren zu können.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass es sich um zwei kostentechnisch einzeln zu betrachtende Projekte handelt, für die jeweils einzelne Bau- und Ausstattungsplanungen und Verwendungsnachweise eingereicht werden müssen. Ab der LPH 3 sind weiterhin die Kosten daher getrennt zu erstellen und zu verfolgen.

Folgende Kostenschätzungen wurden in der LPH 2 ermittelt (nach DIN 276 (2018) in € brutto):

PSO - Erweiterung und Strukturverbesserung der Pädiatrischen Psychosomatik (Kostenstand 08/2022):

- KG 200: 10.000,00 € (ELT)
- KG 300: 3.885.727,83 € (Hochbau + zivile / medizinische Festeinbauten)
- KG 410-430, 470-480: 2.232.205,57 € (HLSK + med. Gase + Gebäudeautomation)
- KG 440-490: 2.093.040,00 € (ELT + Fördertechnik + Medienschienen + Medien)
- KG 600: 345.264 € (Lose Ausstattung Hochbau)
- KG 600: 43.092 € (Lose Ausstattung Sanitär)
- KG 700: 3.013.265,47 € (Baunebenkosten, 35% der KG 200-600)
- Gesamt: 11.622.595,37 €

BFS - Strukturverbesserung und Erweiterung der Berufsfachschule für Pflege (Kostenstand 11 /2022):

- KG 200: 3.150 € (ELT)
- KG 300: 2.333.935 € (Hochbau + zivile / medizinische Festeinbauten + Skills lab-Ausstattung)
- KG 410-430, 470-480: 826.486 € (HLSK + med. Gase + Gebäudeautomation)
- KG 440-490: 922.965 € (ELT + Fördertechnik + Medienschienen + Medien)
- KG 600: 198.254 € (Lose Ausstattung Hochbau)
- KG 600: 12.428 € (Lose Ausstattung Sanitär)
- KG 600: 2.850 € (Lose Ausstattung ELT)
- KG 700: 1.397.522 € (Baunebenkosten, 32,5% der KG 200-600)
- Gesamt: 5.697.591 €

Folgender Terminrahmen (Stand 01/2023) stellt die aktuellen Terminziele des Auftraggebers dar:

- 02/2022 – 06/2023 – VgV-Verfahren ARCH, ELT, HLS, TWP
- 07/2023 – VWF, Annahme Aufnahme PSO + BFS in das JKHB 2023
- 07/2023 – Planungsstart LPH 3
- 07-12/2023 – LPH 3, Erstellung Bau- und Ausstattungsplanung PSO+BFS
- 01/2024 – LPH 3 - Einreichung BAP
- 02/2024 – LPH 4 - Einreichung Bauantrag
- 01/2024 – 12/2026 – LPH 5 Ausführungsplanung
- 03/2024 – 07/2024 LPH 6-7, Ausschreibung erster Pakete
- 08/2024 – Fachliche Billigung BAP
- 08/2024 – Baugenehmigung
- 09/2024 – frühestmöglicher Baubeginn
- 03/2027 – Bauende, geschätzte Bauzeit = 2,5 Jahre

Planungsschnittstellen zur Medizintechnik / Anlagengruppe 7:

Es ist aufgrund der Planungsaufgaben nicht beabsichtigt, für die zu erbringenden Fachplanungsleistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 53 HOAI, Anlagengruppe 7 (nutzungsspezifische Anlagen, hier Medizintechnik) ein gesondertes Fachplanungsbüro zu beauftragen, da die benötigten Leistungen von den sonstigen Planungsbeteiligten (Objektplanung Gebäude und Innenräume und Fachplanungsbüros der Technischen Ausrüstung) erbracht werden können.

Im Rahmen der Vorentwurfsplanung wurden folgende Zuständigkeiten festgelegt, die in gleicher Form für die weiteren Leistungsphasen 3-9 Planungsaufgabe für folgende Planungsbüros werden:

- KG 473 - Medizinische Gase - Leistungen der TGA-Planung HLSK gem. § 55 HOAI
- KG 473/600 – Festeinbauten und lose Ausstattung reine/unreine Arbeitsräume - Leistungen der TGA-Planung HLSK gem. § 55 HOAI
- KG 380/600 - Medizinische Möbel, Festeinbauten und lose Ausstattung - Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2013
- KG 473/600 - Medienschienen, Deckenampeln, o.ä., auch lose medizintechnische Geräte - Leistungen der TGA-Planung ELT gem. § 55 HOAI

Im Rahmen dieser Leistungserbringung sind durch Zusammenarbeit der o.g.

Planungsbeteiligten auch die in der Regel von einem Medizintechnik-Planer zu erstellenden Zuarbeiten wie das technische Raumbuch, eine Geräte-Raum-Liste und ein raumweises Einrichtungsbuch zu erarbeiten.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: 1. Geplante Projektorganisation, Kapazitäten und Präsenz des vorgesehenen Personals im Hinblick auf die Projektaufgabe / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: 2. Persönliche Vorstellung und Projekterfahrung der vorgesehenen Projektleiter im Hinblick auf die Projektaufgabe / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: 3. Darstellung der Arbeitsweisen und Methoden durch den/die jeweiligen Projektleiter/in in Bezug auf die Projektaufgabe / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: 4. Bewertung der Projektunterlagen / Gewichtung: 20

Kostenkriterium - Name: Zone, Satz, Leistungsbild, Nachlass, Umbauszuschlag, Bausubstanz, Abrechnungsmodus mehrere Objekte, Bauabschnittsbildung, Besondere Leistungen, Zeithonorar, Nebenkosten / Gewichtung: 30

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 11/07/2023 Ende: 31/12/2032

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Dieser Auftrag kann verlängert werden. Die genaue Laufzeit des Vertrages kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bestimmt werden und ist abhängig von Terminplanung Planung und Bau sowie von Förderung/Finanzierung. Vorgesehen ist die stufenweise Beauftragung der Leistungen.

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Bewertung lt. veröffentlichten Kriterien. Erfüllen mehrere Bewerber an einem Teilnahmewettbewerb mit festgelegter Höchstzahl gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl auch nach einer objektiven

Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch, wird durch das Losverfahren gem. § 75 (6) VgV entschieden. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56 VgV das Recht vor, Nachweise und

Erklärungen bzw. fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Aus dem Vorbehalt ergibt sich kein Anspruch der Bewerber und Bieter.

Voraussichtlicher Vorstellungs-/Verhandlungstermin: KW 24/2023; Der tatsächliche Termin wird im Einladungsschreiben zum Verhandlungsverfahren voraussichtlich in KW 17/2023 bekannt gegeben.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Bieter / Bietergemeinschaften, die mit ihren Erstangeboten auf den ersten Plätzen liegen, aufzufordern, weitere Folgeangebote abzugeben und weitere Verhandlungsrunden

durchzuführen. Für die Abgabe etwaiger Folgeangebote gelten die gleichen Wertungskriterien, die gleichen Gewichtungen und die gleiche Wertungsformel, wie für die Abgabe der Erstangebote.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13.

Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Aus Platzgründen sind die Zuschlagskriterien im Bekanntmachungstext nur komprimiert dargestellt, die vollständigen Zuschlagskriterien mit Unterpunkten sind den kostenfrei und uneingeschränkt zugänglichen Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Erklärung gem. §§ 42 und 48 VgV, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB und keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen sowie betreffend Russlandbezug.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Mitarbeiterstruktur: 3-Jahres-Durchschnitt Mitarbeiter der für die ausgeschriebene Planungsleistung relevanten Abteilung/en ohne freiberufliche Mitarbeiter $\geq 8 = 1$ Pkt.; $< 8 = 0$ Pkt. (Gewichtung x 2).

- Gesamtumsatz: 3-Jahres-Durchschnitt des Umsatzes für die ausgeschriebene Planungsleistung (in Euro netto): $\geq 0,8$ Mio € = 2 Pkt.; $< 0,8$ Mio € und $\geq 0,5$ Mio € = 1 Pkt.; $< 0,5$ Mio € = 0 Pkt. (Gewichtung x 1).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestkriterium: Nachweis über bestehende Haftpflichtversicherung für Personenschäden je Versicherungsfall mind. 2,0 Mio. EUR, für sonstige Schäden je Versicherungsfall mind. 2,0 Mio.

Es ist eine aktuelle Deckungsbestätigung - nicht älter als 1 Jahr - einzureichen.

Erfüllt die bestehende Haftpflichtversicherung die geforderten Summen nicht, kann auch eine Erklärung der Versicherungsgesellschaft abgegeben werden, dass die bestehende Versicherung im Auftragsfall an die Höhe der geforderten Summen angepasst wird. Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied eine ausreichende Versicherungsdeckung nachweisen oder eine Bestätigung durch die Versicherung einreichen, dass die Deckungssummen im Auftragsfall angepasst werden.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- Berufsjahre Projektleitung Planung: ≥ 10 Jahre = 2 Pkt.; < 10 und ≥ 5 Jahre = 1 Pkt.; < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2),

- Berufsjahre stellv. Projektleitung Planung: ≥ 5 Jahre: 1 Pkt.; < 5 Jahre: 0 Pkt. (Gewichtung x 2),

- Berufsjahre Projektleitung Objektüberwachung: ≥ 10 Jahre = 2 Pkt.; < 10 und ≥ 5 Jahre = 1 Pkt.; < 5 Jahre = 0 Pkt. (Gewichtung x 2).

Büroreferenzen: Es sollen max. 3 Referenzen eingereicht werden. Gewertet werden die beiden Referenzen, welche die Mindestanforderungen erfüllen und die höchste Punktzahl gemäß der nachfolgenden Kriterien erreichen.

Wertungsparameter 1:

- Referenzprojekt vergleichbarer Umfang (Fläche/Kubatur): BGF $\geq 3.000 \text{ m}^2$ = 2 Pkt.; $< 3.000 \text{ m}^2$ und $\geq 2.500 \text{ m}^2$ = 1 Pkt., $< 2.500 \text{ m}^2$ = 0 Pkt. (Gewichtung x 3),
- Referenzprojekt mit vergleichbarem Projektrahmen: Kostenfeststellung KGR 300+400 netto $\geq 8,0 \text{ Mio. EUR}$ = 2 Pkt., $< 8,0 \text{ Mio. €}$ und $\geq 6,5 \text{ Mio. EUR}$ = 1 Pkt., $< 6,5 \text{ Mio. €}$ = 0 Pkt. (Gewichtung x 3).

Wertungsparameter 2:

- Referenzprojekt vergleichbarer Umfang (Fläche/Kubatur): BGF $\geq 2.500 \text{ m}^2$ = 2 Pkt.; $< 2.500 \text{ m}^2$ und $\geq 2.000 \text{ m}^2$ = 1 Pkt., $< 2.000 \text{ m}^2$ = 0 Pkt. (Gewichtung x 2),
- Referenzprojekt mit vergleichbarem Projektrahmen: Kostenfeststellung KGR 300+400 netto $\geq 7,0 \text{ Mio. EUR}$ = 2 Pkt., $< 7,0 \text{ Mio. €}$ und $\geq 5,5 \text{ Mio. EUR}$ = 1 Pkt., $< 5,5 \text{ Mio. €}$ = 0 Pkt. (Gewichtung x 2).

Zusatzpunkte:

- Mind. eines der oben genannten gewerteten Referenzprojekte umfasste die Bearbeitung einer Schule oder eines Krankenhauses: Anzahl ≥ 2 = 2 Pkt., Anzahl = 1 = 1 Pkt. (Gewichtung x 3)
- Mind. eines der oben genannten bewerteten Referenzprojekte umfasste die Erweiterung und /oder Umbau und/oder Sanierung bei angrenzend laufendem Tagesbetrieb der Einrichtung.: Anzahl ≥ 2 = 2 Pkt., Anzahl = 1 = 1 Pkt. (Gewichtung x 3).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Leistungsinhalt: Öffentlich zugängliches Gebäude und Sonderbau nach Landesbauordnung
- Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 (nach HOAI) zwischen 2017 bis Ende Abgabefrist des Teilnahmeantrags
- Durchgehende Referenzen zu mind. der Leistungsphasen 3-8 sind nachzuweisen
- Bei Arbeitsgemeinschaften muss ein ARGE-Partner oder die ARGE in dieser Konstellation eine durchgehende Referenz nachweisen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Art. 1 Ingenieurgesetz, Fassung vom 28.4.1994 (GVBl. S. 297), Natürliche Personen die gemäß den Rechtsvorschriften ihres Heimatlandes am Tag der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt/in und Ingenieur/in berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Bundesland die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Fachliche Anforderung als Ingenieur od. glw., wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Beschäftigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates gewährleistet ist. Juristische Personen, wenn deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungsleistungen der hier gegebenen Art ausgerichtet ist. Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied genannt und teilnahmeberechtigt sein. Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung ihrer oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von Berufsqualifikation gewährleistet ist und im Auftragsfalle die Vorgaben des Art 2 BauKaG

erfüllt sind. Bei Arbeitsgemeinschaften muss jedes Mitglied genannt und teilnahmeberechtigt sein.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20/03/2023 Ortszeit: 09:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 24/04/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 21/08/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Das Risiko für den rechtzeitigen Eingang des Teilnahmeantrags liegt beim Bewerber. Abgabe des Teilnahmeantrags, sowie die vollständige Kommunikation während des Verfahrens erfolgt ausschließlich digital über die Vergabepattform. Per Post, Kurier, per Nachricht an die Vergabestelle, direkt oder anderweitig elektronisch (E-Mail etc.) übermittelte Teilnahmeanträge und sonstige Unterlagen/Bieterfragen werden nicht berücksichtigt und können sogar zum Ausschluss führen. Der ausgefüllte Teilnahmeantrag sowie die geforderten

Unterlagen zum Verhandlungsverfahren sind in Textform nach § 126b BGB einzureichen. Teilnahmeanträge und Angebote in Textform müssen nicht handschriftlich signiert werden. Bei elektronischer

Angebotsübermittlung in Textform sind der Bieter und die zur Vertretung des Bieters berechnigte natürliche Person zu benennen. Fehlen diese Angaben, wird das Angebot ausgeschlossen. Der Auftraggeber behält sich gem. § 56 VgV das Recht vor, Nachweise und Erklärungen bzw. fehlende oder unvollständige Unterlagen nachzufordern. Aus dem Vorbehalt ergibt sich kein Anspruch der Bieter bzw. Bewerber. Im Falle der Eignungsleihe hat der Bewerber oder Bieter eine unterzeichnete und verbindliche Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unternehmens vorzulegen, dass ihm die Mittel zur Verfügung stehen werden (§ 47 Abs. 1 VgV). Das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer

Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, muss folgende Erklärungen vorlegen:

a) Erklärungen, dass Ausschlussgründe gem. § 123 oder § 124 GWB nicht vorliegen,
b) Nachweis der Eignung des Unternehmens, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, in Bezug auf die Eignungskriterien entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe. Erfüllt ein Unternehmen diejenigen Eignungskriterien nicht, dessen Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, kann der Auftraggeber vorschreiben, dass der Bewerber oder Bieter das entsprechende Unternehmen ersetzen muss (§ 47 Abs. 2 VgV). Nimmt der Bewerber oder Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, kann der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bewerbers oder Bieters und des (jeweils) anderen Unternehmens entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV). Bewerber/Bieter dürfen bei der Öffnung der Teilnahmeanträge und Angebote nicht

anwesend sein (§ 55 Abs. 2 Satz 2 VgV). Es wird vorausgesetzt, dass die im Teilnahmeantrag genannten und vorgesehenen Projektleiter sowie Stellvertreter am Vorstellungs-/Verhandlungstermin teilnehmen und die jeweiligen Präsentationspunkte je nach Zuständigkeit eigenverantwortlich vorstellen. Dies kann sich in der Bewertung widerspiegeln. Nur vollständig ausgefüllte Teilnahmeanträge mit vollständigen Nachweisen und Anlagen werden berücksichtigt. Bewerbungen mit fehlenden Angaben bei Pflichtfeldern (grün schattiert) werden nicht berücksichtigt oder es erfolgt Punktabzug. Änderungen, Abweichungen und Nichteinhaltungen sind zu kommentieren. Gewertet werden 2 Referenzen aus dem Referenzformular, welche die Mindestanforderungen erfüllen und die höchste Punktzahl gemäß der veröffentlichten Kriterien erreichen. Wurden Referenzen im Rahmen einer ARGE, oder als/mit Nachunternehmer erbracht, so ist dies und der auf den Bewerber entfallene Auftragsumfang anzugeben. Referenzangaben sind gemäß § 46 VgV einzureichen, hierfür ist ein Formblatt „Liste Referenzen“ bereitgestellt. Zusätzliche Referenzpräsentationen, Bilder oder dgl. werden nicht berücksichtigt. Die eingereichten personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Verfahrens verarbeitet und gespeichert.

Die Angaben sind Voraussetzung für die Wertung der Bewerbung. Bei einer Beteiligung am Verfahren wird die Registrierung auf der Vergabepattform empfohlen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern
Postanschrift: Maximilianstraße 39

Ort: München
Postleitzahl: 80538
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +49 8921762411
Fax: +49 8921762847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.
- (2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewerbung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.
- (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

17/02/2023